

+++ Pressemitteilung Anne Krischok und Frank Schmitt (SPD) +++
Hamburg, 20. Oktober 2011

Jetzt P-Konto beantragen

Anne Krischok und Frank Schmitt (SPD): Pfändungsschutz beim Bankkonto verbessert

„Verschuldete Bürgerinnen und Bürger sollten bei ihrer Bank oder Sparkasse die Umwandlung ihres Kontos in ein so genanntes Pfändungsschutzkonto oder auch P-Konto beantragen“, empfiehlt Frank Schmitt, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter für den Hamburger Westen. „Am 1. Januar 2012 entfällt der bisherige Kontopfändungsschutz, der vorsieht, Sozialleistungen in den ersten 14 Tagen nach Auszahlung von Pfändungen auszunehmen. Damit haben Schuldner die Gelegenheit, trotz einer Pfändung Zahlungen wie Miete oder das Abheben eines Bargeldbetrages für den täglichen Bedarf vorzunehmen.“

"Grundsätzlich bedeutet diese Veränderung eine Verbesserung der Situation überschuldeter Haushalte, denn das P-Konto gewährt einen automatischen Basis-Schutz für alle Geldeingänge - nicht nur für Sozialleistungen - bis zu 1.028,89 Euro", so Anne Krischok, ebenfalls SPD-Bürgerschaftsabgeordnete für den Hamburger Westen. "Allerdings besteht der Schutz nur dann, wenn das Konto bei der kontoführenden Bank in ein P-Konto umgewandelt wurde. Ansonsten kann die volle Summe auf einem Konto gepfändet werden, ohne Rücklagen für den täglichen Bedarf zurückzulassen."

Der automatische Basis-Schutz ist nur für eine Person ausgelegt. Wenn der Kontoinhaber für weitere Personen, etwa für Partner, Kinder oder Bedarfsgemeinschaftsmitglieder einen höheren Freibetrag braucht, dann benötigt er zusätzlich eine entsprechende Bescheinigung. Die schlichte Umwandlung des Girokontos in ein P-Konto reicht dann nicht aus.

Handlungsbedarf sieht Frank Schmitt beim P-Konto auch in Bezug auf Gebühren und Funktionalität. So haben erste Erfahrungen bei der Einrichtung von P-Konten gezeigt, dass die Banken zum Teil besondere Gebühren verlangen oder Kontoleistungen einschränken. "Es kann nicht angehen, dass die Betroffenen in ihrer finanziell ohnehin schwierigen Situation zusätzlich belastet werden. Der Senat soll sich deshalb im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass weder Extragebühren erhoben noch Basis-Kontofunktionen eingeschränkt werden", fordert Schmitt.

Die Wahlkreisabgeordnete Anne Krischok ergänzt: „Wir wollen mit der Bundesratsinitiative auch die Forderung nach einem ‚Girokonto für alle‘ stellen. P-Konten gibt es bislang nur für Menschen, die bereits ein Konto haben. Unser Ziel ist es, einen Rechtsanspruch zu schaffen, damit jeder Mensch ein Basis-Girokonto einrichten kann.“

Für Anmerkungen und Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Frank Leptien (Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Anne Krischok, MdHB)
SPD-Abgeordnetenbüro für den Hamburger Westen
Dockenhudener Straße 19, 22587 Hamburg
Tel: 830 18 400; Fax: 0180 3551 869433

E-Mail: abgeordnetenbuero@anne-krischok.de; Internet: www.anne-krischok.de

sowie

Hans Wille (Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Frank Schmitt, MdHB)
SPD-Abgeordnetenbüro für den Hamburger Westen
Luruper Hauptstraße 274, 22457 Hamburg
Tel.: 87 600 466; Fax: 87 600 467

E-Mail: info@frank-schmitt.info; Internet: www.frank-schmitt.info